

Unbrauchbare Ansprechpartner

Verkehrsformen zwischen bürgerlichen Staaten: Freerk Huiskens Streitschrift gegen die »Naivität« der Friedensbewegung. **Von Georg Auernheimer**

Verständlich wäre es, wenn die gerade erschienene »Flugschrift« von Freerk Huisken – »Frieden. Eine Kritik« – Aktive der Friedensbewegung verärgern würde. Nicht nur, weil sie sich als politisch naiv geschildert finden, sondern auch, weil ihnen ein Linker in einer Situation in den Rücken fällt, wo ihre Appelle noch tausendfach unterzeichnet werden, aber keine Massen mehr auf die Straßen locken. Resignation liegt nahe. Und das Büchlein von Huisken ist nicht gerade ein Antidoton dagegen. Die »Friedensfreunde« sind für Huisken »Staatsidealisten«, die in ihrem aussichtslosen Bemühen um eine Welt ohne Krieg die Staaten für geeignete Ansprechpartner halten. Kurz, er bescheinigt ihnen Naivität und noch mehr: »Als Pazifisten haben sie sich selbstgenügsam in ihrem Pazifismus neben der kritisierten Politik eingerichtet.«

Aber man sollte das Buch nicht zu früh beiseite legen. Die »Flugschrift« ist zweigeteilt, und die zwei Teile bilden einen irritierenden Kontrast. Im ersten blendet Huisken aufgrund seiner Staatsauffassung die Widersprüche aus, die dem bürgerlichen, kapitalistischen Staat immanent sind, der nach wie vor ebenso die Ausbeutung der Arbeitenden sichert wie die Rechtsleichheit seiner Bürger. Die Einsicht, dass in der Außenpolitik gerade wirtschaftliches Interesse eine gemeinsame »Sicherheitsordnung« für die bürgerlichen Staaten bedeutsam machen kann, vermisst man im ersten Teil: Schließlich hat ja die historische Entwicklung zum bürgerlichen Staat innergesellschaftlich auch eine Zivilisierung der Gesellschaft mit sich gebracht hat, weil er außerökonomische Gewalt eindämmt. Wo diese Widersprüchlichkeit ausgedehnt bleibt, ist folgerichtig jeder humanitäre, soziale oder friedenspolitische Appell an den Staat widersinnig.

Diese undialektische Auffassung führt zum Spott über die »Friedensfreunde«. Würden sie wahrhaben wollen, schreibt Huisken, »dass Staaten politisch begründet Kriege vorbereiten und zweckmäßig führen, wären Staaten als geneigte Ansprechpartner für die pazifistischen Friedensfreunde glatt nicht mehr brauchbar«. Der Staat werde von



In der eigenen Ohnmacht eingerichtet? Ostermarsch in München (8.4.2023)

ihnen idealisiert. Sein unfriedliches Wirken werde als bloße »Abweichung« oder »Verfehlung« des eigentlichen Staatszwecks gesehen, nicht als systemisch bedingte Tendenz. Aufrüstung, Krieg oder Kriegsbeteiligung erscheine in dieser »absurden Konstruktion« als Verfehlung dessen, was Pazifisten »im Grundgesetz als höchsten Zweck des Staates (er-)finden: Friedenspolitik zum Wohle aller Menschen« – für Huisken »eine verzwickte Form der Reinwaschung der Staatsräson«.

Ein tatsächliches Dilemma für Friedensaktivisten zeigt Huisken allerdings auf. Wie reagieren, wenn sie sich mit der Frage konfrontiert sehen: »Was wird aus unserem Prinzip der Gewaltfreiheit, wenn es sich vor menschenverachtender Gewalt beugt?« Aber er beschreitet dann nicht den Weg, auf der Grundlage der Analyse von Machtverhältnissen zu diskutieren, wann Gewaltfreiheit endet. Stattdessen belehrt er uns, dass alle Staaten »als Gewaltmonopolisten klarstellen, dass sie sich zum Zwecke der Erhaltung ihrer Souveränität das Recht herausnehmen, ihr Volk zum Töten und Sterben in den Krieg zu schicken«. Dass

das einem Staat Legitimationsprobleme schaffen kann, weil die Leute nicht mehr für ihn sterben wollen, bleibt außen vor. Freilich, inzwischen haben es die USA und ihre NATO-Verbündeten geschafft, Kriege so zu führen, dass die eigene Bevölkerung verschont bleibt. Auch das bedingt vermutlich die Schwäche der Friedensbewegung heute.

Aber dergleichen bleibt in Huiskens Streitschrift außen vor. Wenn Wagenknecht und Schwarzer in ihrem Friedensmanifest vor der nuklearen Bedrohung warnen, sieht Huisken nicht, an wen das adressiert ist. Ja, er verspottet das als lächerliche Kritik am Krieg. »Ist denn an dem Krieg (...) nichts anderes zu kritisieren, als dass es noch schlimmer kommen könnte?«

In den Kapiteln über »Friedensmoral«, »Friedensbewegung« und »Friedensappelle« verrät allein schon der sprachliche Duktus eine Abstraktheit, die einen Nebel über konkrete Machtverhältnisse in ihrer Widersprüchlichkeit legt und in der Konsequenz politischer Praxis den Boden entzieht.

Erst im Kapitel IV, wo die aktuellen Kämpfe um die von den USA dominierte Weltordnung im Zentrum stehen,

wird klargestellt, »dass zu den Verkehrsformen zwischen kapitalistischen Staaten gleichermaßen gewaltfreie Konkurrenz und der Einsatz von Gewaltmitteln gehören«. Gibt es also doch Chancen für friedenspolitische Interventionen? Die Verhältnisse werden hier politökonomisch weitaus differenzierter dargestellt, als in den einführenden Kapiteln. Die Analyse der Ursachen von Konflikten in der geopolitischen Auseinandersetzung zwischen den USA, der EU, Russland und China kann eine gewinnbringende Lektüre sein. Der Klärung dient speziell auch das Kapitel über den Krieg in der Ukraine. Dazulernen können die Leserinnen da und dort auch im ersten Teil, wenn sie zum Beispiel sprachlich dafür sensibilisiert werden, dass es einen Unterschied macht, ob man die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine einfordert oder, wie längst üblich, die Solidarität mit der Ukraine, dem ukrainischen Staat.

■ Freerk Huisken: Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass. VSA-Verlag, Hamburg 2023, 154 Seiten, 12 Euro

Neu erschienen

Mitteilungen

Im Mitteilungsblatt der Alfred-Klahr-Gesellschaft schreibt Florian Schwanninger über den Linzer Kommunisten und Widerstandskämpfer Hugo Müller, der im November 1944 bei einem Gefecht mit der SS in der Südsteiermark starb. Müller kam aus der österreichischen Sozialdemokratie, trat 1933 oder 1934 zur KPO über und war Teilnehmer der Februarkämpfe 1934. Danach emigrierte er in die Sowjetunion und kämpfte in Spanien. Nach der Rückkehr in die Sowjetunion organisierte er, jeweils mit dem Fallschirm abgesetzt, während des Zweiten Weltkrieges antifaschistische Widerstands- und Partisanengruppen. Peter Goller ruft die Überlegungen von Michail Lifschitz und Georg Lukács zu den ästhetischen und literaturtheoretischen Auffassungen von Marx und Engels in Erinnerung. Manfred Mugrauer schreibt über die Wien-Aufenthalte des Sängers und Schauspielers Harry Belafonte. (jW)

■ Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft, Jg. 30/Nr. 2, 28 Seiten, 1,50 Euro, Bezug: Alfred-Klahr-Gesellschaft, Drechslergasse 42, A-1140 Wien, E-Mail: klahrgesellschaft@aon.at

Gorleben-Rundschau

In der Zeitschrift der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg schreibt Wolfgang Ehmke am Beispiel der Anti-AKW-Bewegung über die Zivilgesellschaft »als bitter notwendiges Korrektiv der Parteidemokratie«. Detlef zum Winkel schreibt über »französisch-chinesische Atomgeschäfte«. Matthias Eickhoff erläutert, warum er den Atomausstieg keinesfalls als »vollendet« betrachtet. (jW)

■ Gorleben-Rundschau, Juli/August/September 2023, 26 Seiten, kostenlos, Bezug: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, E-Mail: service@gorleben-rundschau.de

Geringe Verbreitung

Soziale Standards? Ein Sammelband zur Lieferkettenproblematik

In gewisser Weise kann das deutsche Lieferkettengesetz als fernes Echo auf den Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik in Bangladesch vor zehn Jahren verstanden werden. In dem Gebäude, in dem Textilien für den europäischen Markt produziert wurden, starben damals mehr als 1.100 Menschen, und doppelt so viele wurden verletzt. Solche Katastrophen haben in der EU zu mehr medialer Aufmerksamkeit hinsichtlich der Verbindungen von Konzernen in Ländern wie Deutschland zu ihren Zulieferbetrieben im globalen Süden geführt.

Diese Unternehmen müssen sich nun zumindest einigen Fragen hinsichtlich der Verantwortung für die sozialen Standards in Zulieferunternehmen stellen: Wie steht es um die Einhaltung der Regeln des Arbeits- und Gesund-

heitsschutzes? Wird das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit beachtet? Sind die grundlegenden gewerkschaftlichen Vertretungsrechte einschließlich des Rechts auf Kollektivverhandlungen entsprechend den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation gewährleistet?

Ein neuer Sammelband, den eine Forschergruppe um Thomas Haipeter von der Universität Duisburg-Essen herausgegeben hat, beleuchtet nun Stand und Perspektiven dieser Thematik in ihren wesentlichen Facetten. Vorgestellt werden neben der neuen Lieferkettengesetzgebung selbst, zu der speziell für Deutschland noch keine Empirie vorliegt, Einzelinstrumente wie Sozialklauseln in Handelsverträgen, unternehmensbezogene Selbstverpflichtungen – und globale Rahmenabkommen.

Letztere sind aus gewerkschaftlicher Sicht besonders interessant, handelt es sich hierbei doch um Vereinbarungen, bei denen Arbeitsstandards zwischen multinationalen Unternehmen und globalen Gewerkschaftsverbänden verabredet werden. Sie betreffen allerdings weltweit nur 13 Millionen Beschäftigte, und es sind nahezu ausschließlich europäische Unternehmen bereit, solche Vereinbarungen abzuschließen. Trotz ihrer recht geringen Verbreitung haben die globalen Rahmenabkommen eine wichtige Orientierungsfunktion im Hinblick auf die Etablierung von Sozialstandards, da sie lokale Gewerkschaftsstrukturen in den Zielländern unterstützen und damit auch dafür sorgen, dass es vor Ort Akteure gibt, die sich um die Einhaltung der Vereinbarungen kümmern.

Insgesamt ist die Regelungsdichte zu internationalen Arbeitsstandards in den vergangenen Jahren größer geworden. Wichtige Schritte zur Stärkung der Lieferkettenverantwortung konnten gegangen werden. Doch ein Blick in die Realität der Lieferketten und der Arbeitsbedingungen in vielen Ländern der Erde zeigt, dass diese Probleme weiterhin ein Thema sein werden, dass bearbeitet werden muss.

Dirk Manten

■ Thomas Haipeter, Markus Helfen, Anja Kirsch, Sophie Rosenbohm (Hg.): Soziale Standards in globalen Lieferketten. Internationale Richtlinien, unternehmerische Verantwortung und die Stimme der Beschäftigten. Transcript-Verlag, Bielefeld 2023, 162 Seiten, 20 Euro

Genossenschaft für die junge Welt



Wir brauchen Dich, Genossin, Genosse!

Die junge Welt erscheint im Verlag 8. Mai. Der Verlag gehört der Genossenschaft LPJ junge Welt eG, die nicht zufällig am 7. Oktober 1995 gegründet wurde. Um die junge Welt zu stärken, suchen wir viele neue Genossenschaftsmitglieder.

Infos: jungewelt.de/genossenschaft oder unter 0 30/53 63 55-10

